

Nirgends mehr willkommen?

Outi Arajärvi

Für Menschen, die aus ihren Heimatländern flüchten müssen, werden die Zeiten immer rauer. Nicht nur weil „die Stimmung in der Bevölkerung kippen“ würde, wie manche PolitikerInnen z.T. hoffnungsfroh formulieren, um die Verschärfungen in Asylgesetzen zu rechtfertigen, sondern vor allem weil die Nerven der Zuständigen, Freiwilligen und der Geflüchteten überall arg strapaziert werden.

Das gilt einmal in den Flüchtlingsheimen in Deutschland, wo die Geflüchteten seit sechs Monaten, oft noch länger, in engsten Verhältnissen in Mehrbettzimmern oder sogar noch immer in Zelten wohnen müssen. Zum anderen gilt es jetzt nach dem EU-Türkei-Deal in den Flüchtlingslagern in Griechenland, die immer mehr zu Gefängnissen werden. Und schließlich in direkter Nachbarschaft zu Syrien, z.B. im Libanon, wo die Verhältnisse in den Lagern auch immer schlechter werden.

Ein Beispiel in Deutschland: Am Gründonnerstag und Karfreitag irrten fünf Menschen obdachlos durch Minden, Bielefeld und Göttingen, weil sie aus einer Flüchtlingsunterkunft in Minden herausgeworfen worden waren. Hintergrund war wohl ein Streit über Zimmerbelegung und die medizinische Versorgung. Eigentlich darf die Unterkunft niemanden hinauswerfen, ohne eine Alternative zu bieten. Aber am Gründonnerstag wollte weder die Heimleitung noch die Polizei oder jemand anders sich mit den Geflüchteten befassen, sie seien ja selbst schuld an der Situation. Über die Website eines irakisch-deutschen Freundschaftsvereins hatten die Geflüchteten Kontakt zu einer Kulturdolmetscherin in Göttingen aufgenommen (KulturdolmetscherInnen sind MigrantInnen, die für Begleitung und Beratung von Geflüchteten qualifiziert worden sind) und sie alarmierte ihre Netzwerke. Dann saßen

am Karfreitag drei Freiwillige am Küchentisch in Göttingen und versuchten die Geflüchteten über Handy zur Polizei in Minden zu lotsen, die als einzige an einem Feiertag noch zur Hilfe überredet werden konnten. Letzten Endes, auch durch die Hilfe eines Schalterbeamten am Bahnhof in Minden, gelang es endlich, die völlig entkräfteten und hungrigen Menschen an eine andere Unterkunft zu vermitteln.

Mit Fähigkeiten zur Konfliktbearbeitung bei der Heimleitung oder beim Sicherheitsdienst oder mit FlüchtlingsbegleiterInnen, z.B. KulturdolmetscherInnen, die es überall geben müsste, hätte man leicht diese Odyssee der Geflüchteten vermeiden können.

Ohne Schutz und Perspektive harren auch die meisten Geflüchteten im Moment in Griechenland aus. Als Folge des EU-Türkei-Deals haben wir jetzt eine Null-Grenze, dagegen scheint nachträglich die geforderte Obergrenze von 500.000 noch sehr human. Nach dem langen Tauziehen zwischen Seehofer, Merkel, EU und Türkei versucht die Regierung nun, die Vereinbarung als eine großartige Lösung des Flüchtlingsproblems zu verkaufen. Aber verkauft hat man nur die Menschenrechte. Für den Preis des weitestgehenden Stillhaltens über den Krieg gegen die KurdInnen und über die Verletzungen der Pressefreiheit hofft man nun, dass alle Geflüchteten dort bleiben.

Aber die Not der Menschen aus Syrien, Irak, Eritrea, Afghanistan und anderen Orten ist größer, als dass dieses Abkommen sie abhalten könnte. Täglich kommen immer noch Boote über die Ägäis oder auch wieder nach Italien. Griechenland hat als seinen Teil des Deals in aller Eile Gefängnisse für die Gestrandeten bauen lassen. Eigentlich funktioniert das Geschäft nur für
Fortsetzung auf Seite 2



Das Abschlussplenum war ein Höhepunkt der diesjährigen BSV-Jahrestagung in Magdeburg (v.l.n.r.): Andreas Dieterich (BSV), Renate Wanie (BSV & Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden), Ingrid Fröhlich-Groddeck (BI Offene Heide) und Outi Arajärvi (BSV).



Delegation der War Resisters' International in die Osttürkei: Die Zerstörungen sind groß.
Foto: Rudi Friedrich



Julia Hermes hat zusammen mit ihrer Schwester Ende April zwei Wochen als ehrenamtliche HelferIn den Geflüchteten in Idomeni beigestanden.
Foto: Lisa Hermes

Diesmal

Bericht von der Jahrestagung
Der vergessene Krieg in der Türkei
Kollegiales Empowerment zu Gender
Ziviles Peacekeeping Thema in Berlin
u.a.m.

Liebe Leserin, lieber Leser,

Krisen sind immer Gefahr und Chance zugleich. Selten war dies in den letzten Jahren so deutlich zu spüren wie jetzt. Krieg und Gewalt in Syrien, Irak, Libyen, der Türkei und vielen anderen Ländern, Hunderttausende von Geflüchteten, die an der Festung Europa scheitern und oft ihre Flucht mit dem Leben bezahlen, Zuwachs bei rechtspopulistischen Bewegungen in ganz Europa ... Die Liste ließe sich beinahe beliebig verlängern. Aber es gibt auch viele Menschen, die sich für Menschenrechte, für Geflüchtete und für Frieden einsetzen. Einige von ihnen haben wir z.B. auf unseren Reisen nach Idomeni und in die Türkei getroffen. Auch auf unseren Veranstaltungen der letzten Monate gab es spannende Diskussionen und Begegnungen. Von einigen berichten wir in diesem Rundbrief.

Wir wünschen eine angeregte Lektüre!



Christine Schweitzer
für das BSV-Team

Erinnerung: Print-Rundbrief

Unser Print-Rundbrief, der viermal im Jahr erscheint, kann auch elektronisch als PDF abonniert werden. Eine E-Mail an uns genügt, und Sie bekommen ihn in Zukunft auf Ihren Bildschirm anstatt in den Briefkasten.

Menschenschlange in Idomeni vor der
Essensausgabe.
Foto: Lisa Hermes

Fortsetzung von Seite 1

Deutschland und die anderen europäischen Länder, die keine EU-Außengrenze haben: Hier merkt man, dass kaum noch jemand kommt, zunächst zumindest. In Griechenland warten Tausende unter unmenschlichen Bedingungen, sie kommen nicht voran, aber wollen auch nicht zurück. Die Ankündigung, sie könnten Asylanträge stellen, wird nicht eingelöst, aber auch die Abschiebung zurück in die Türkei scheint nur sporadisch zu funktionieren. Allerdings ist in Europa auch kein Land bereit, die entsprechende Anzahl von SyrerInnen aufzunehmen. Wie nicht anders zu erwarten war, sind die Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen, die VerliererInnen des Deals.

Wenn man aber die Zwischentöne in der Politik und Öffentlichkeit hört, dann scheinen alle in einer Warteposition zu sein. So richtig glaubt niemand, dass jetzt alles wieder wird wie vorher. Dass man „nur“ die bis jetzt Gekommenen integrieren müsste. Und damit haben sie alle Recht, denn die Gründe und der Druck zur Flucht sind nirgends geringer geworden, eher größer. Die Erfahrung lehrt, dass die Menschen in der Not immer neue Wege finden, wenn sie weg müssen. Nur der Preis, den die Schlepper verlangen, steigt.

Und die, die dennoch in Nachbarländern von Syrien bleiben? Mein Vorstandskollege von Nonviolent Peaceforce, Mukesh Kapila, der das neue Libanon/Syrien-Projekt besuchte, schrieb von dort: „Ich habe die harten Bedingungen kennen gelernt, unter denen die syrischen Flüchtlinge leben und auch die palästinensischen Flüchtlinge, die hier schon fast 70 Jahre leben. Mindestens ein Drittel der 4,5 Millionen EinwohnerInnen im Libanon sind Geflüchtete. Libanon selbst erholt sich langsam von dem eigenen langen Bürgerkrieg und der Invasion der Nachbarn und bleibt instabil... Es war anregend zu sehen, wie die Flüchtlinge – unter schwierigsten Umständen – einander helfen, die erfahrenen PalästinenserInnen lehren die neuen syrischen Flüchtlinge, wie man als „eine Nation ohne ein Land“ leben kann. Ich war betroffen von der intuitiven Großzügigkeit und Toleranz der leidgeprüften libanesischen GastgeberInnen.“ Auch in Deutschland fühlen sich vor allem die Menschen verpflichtet zu helfen, die entweder selbst Flucht und Vertreibung erlebt haben oder es von den Erzählungen ihrer Eltern oder Großeltern kennen. Die zwischenmenschliche Solidarität gibt noch Anlass zur Hoffnung.

Outi Arajärvi ist Co-Vorsitzende des BSV.



„Bevor Angst die Seele aufisst“

Bericht von der BSV-Jahrestagung

Elise Kopper

Als wir im vergangenen Jahr die Jahrestagung planten und ihren Titel an Rainer Werner Fassbinders berühmtes Melodram „Angst essen Seele auf“ anlehnten, ahnten wir noch nicht, dass die darin behandelten Themen - Rassismus und Fremdenfeindlichkeit - auch in Magdeburg am Wochenende des 11.-13. März 2016 eine so zentrale Rolle spielen würden. Denn am gleichen Wochenende fanden auch die Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt statt - und so fanden wir uns in der Landeshauptstadt im Zentrum all der Diskussionen über AfD, Pegida, die sogenannte „Neue Rechte“ & Co wieder. Das ging auch an den Tagungsinhalten nicht spurlos vorüber. Während draußen die Presse ihre Kameras und Mikrofone aufbaute, um für den Wahlsonntag gerüstet zu sein, diskutierten drinnen die TeilnehmerInnen darüber, wie mit der Bedrohung von rechts und anderen Bedrohungsszenarien umzugehen sei - politisch, gesellschaftlich, aber auch persönlich.

Wahrscheinlich warf die Tagung dabei mehr Fragen auf, als sie beantworten konnte. Einige davon waren besonders schwierig und wurden kontrovers debattiert: Müssen wir auch die Bedrohungsgefühle der jeweils „anderen Seite“ ernst nehmen, sie aufgreifen und den Dialog suchen - auch wenn wir sie eigentlich nicht nachvollziehen können? Ist ein Dialog mit der anderen Seite hilfreich, möglich, notwendig? Inwieweit verletzt, entmutigt oder überfordert das wiederum die Menschen, die von rechts physisch und psychisch, mittelbar und unmittelbar bedroht werden und die unseren Schutz und unsere Solidarität verdienen: Menschen mit Migrationshintergrund, Geflüchtete, AktivistInnen, die sich überall in Deutschland und anderswo öffentlich den Rechten und Rechtsextremen entgegenstellen?

Fast alle der knapp 50 TeilnehmerInnen aus ganz Deutschland, darunter auch viele „LokalmatadorInnen“ aus dem Raum Magdeburg und aus dem Umfeld der Bürgerinitiative OFFENE HEIDE

(<http://www.offeneheide.de/>), sind und waren selbst aktiv in der politischen Arbeit und in der Friedensbewegung und brachten ihre eigenen Erkenntnisse, Erlebnisse und Zweifel mit ein. So kam es zu einem reichhaltigen Erfahrungsaustausch. Über den Themenkomplex Rechtsextremismus und Rechtspopulismus hinaus wurden viele weitere Fra-

gen aufgeworfen, die uns als Friedensbewegung und als Friedensbewegte beschäftigen: Wie gehe ich mit meinen eigenen Ängsten im Friedensengagement um? Wie bewältige ich die Angst vor der Polizistin, die mir bei einer Aktion des zivilen Ungehorsams mit einer Waffe gegenübersteht? Wie vor den Neonazis, die mich nachts auf meinem privaten Handy anrufen und bedrohen? Wie vor dem Verlust von FreundInnen und Familienmitgliedern, die mein politisches Engagement nicht verstehen oder in seinen Ausmaßen nicht akzeptieren wollen? Und inwiefern sind auch wir als Friedensbewegung ein Teil der „Bedrohungsindustrie“, wenn wir z.B. vor den furchtbaren Folgen eines alles vernichtenden Atomkriegs warnen und sie zu diesem Zwecke bildlich und sprachlich ungeschönt darstellen? Wenn wir vom „Cyberkrieg“, von Computerviren und Hackerangriffen reden, die uns unsere elektronischen Daten stehlen und unsere Infrastruktur lahmlegen? Oder wenn wir bei Aktionen und Demonstrationen - möglicherweise unabsichtlich - die engen Grenzen der Gewaltfreiheit oder der Sachbeschädigung überschreiten und damit für andere Menschen bedrohlich wirken - auch wenn wir es gar nicht wollen?

Der Mensch kennt unterschiedlichste Wege und Methoden, mit Angst und Bedrohungsgefühlen umzugehen: Er



Auf der Tagung wurde viel diskutiert, wie hier in Kleingruppen im Plenum.
Foto: Christine Schweitzer

läuft weg, wird gelähmt, kämpft, igelt sich ein, kapituliert vor ihnen, konfrontiert sich absichtlich mit ihnen, um sie abzubauen, leugnet sie, akzeptiert sie, setzt sich rational mit ihnen auseinander, nimmt manchmal auch Medikamente dagegen ein. Wir als Friedensbewegung sollten achtsam damit umgehen und bereit sein, eigene Ängste und die anderer immer wieder zu reflektieren.

Erst am Sonntagabend, nachdem alle TeilnehmerInnen längst abgereist waren, wurden die Ergebnisse der Landtagswahlen bekannt: Die AfD, die sogenannte „Alternative“ für Deutschland, bekam bei ihrem ersten Wahlantritt in dem Bundesland auf Anhieb 24,3 % der WählerInnenstimmen und wurde damit zweitstärkste Kraft hinter der CDU. Eine Partei, die mit den Ängsten der Menschen vor dem Anderen, dem Fremden, dem sozialen Abstieg spielt und sie aktiv schürt. Diese Entwicklung nach rechts kann Angst machen. Umso wichtiger muss es sein, Wege zu finden, mit diesem und anderen Bedrohungsszenarien konstruktiv umzugehen. Wer auf der Tagung dabei war oder die Tagungsdokumentation liest, hat dafür hoffentlich ein paar Ideen mehr.

Elise Kopper ist Vorstandsmitglied beim BSV.

„Europa hat uns im Stich gelassen“

Christine Schweitzer

In der Türkei herrscht Krieg. Seit der Waffenstillstand zwischen der PKK und der türkischen Regierung von dieser im Juli/August 2015 aufgekündigt wurde, sind in zahlreichen Orten der Südosttürkei Kämpfe aufgeflammt.

Vom 25. bis 30. April ist eine Delegation der War Resisters' International in der Südosttürkei gewesen, um sich über die Lage vor Ort zu informieren und Möglichkeiten für Kooperation und Unterstützung örtlicher AktivistInnen zu eruieren. Die Situation in der Region, die durch das Wiederaufflammen der Kämpfe zwischen der türkischen Regierung und der PKK seit August 2015 geprägt ist, wird von der Politik und den westlichen Medien angesichts des Krieges in den Nachbarländern Syrien und Irak und der Flüchtlingskrise weitgehend ignoriert. „Europa hat uns im Stich gelassen“, war ein Satz, den die Delegation oftmals zu hören bekam. In den letzten Monaten sind nach Zahlen türkischer Menschenrechtsorganisationen über 300 ZivilistInnen ums Leben gekommen und bis zu 400.000 Menschen vertrieben worden. 100.000 haben ihre Häuser verloren. Die fünfköpfige Delegation mit Mitgliedern aus Schweden (Stellan Vinthagen), Österreich (Michaela Söllinger), Spanien (Andreas Speck) und Deutschland

(Rudi Friedrich sowie WRI-Vorsitzende und BSV-Geschäftsführerin Christine Schweitzer), fand eine Situation vor, bei der viele kurdische und türkische Nichtregierungsorganisationen sich bemühen, den Menschen zu helfen, während die Stimmung in der Bevölkerung aber von Hoffnungslosigkeit und Verbitterung geprägt ist. Während in einigen Orten die z.T. mehrmonatigen Ausgangssperren teilweise aufgehoben wurden, setzen sie sich in anderen Orten Kämpfe fort bzw. haben in weiteren Städten neue begonnen. Der Delegation wurde von zahlreichen Menschenrechtsverletzungen und Verletzungen des humanitären Völkerrechts berichtet, die letztlich von beiden Seiten in dem Konflikt begangen wurden, auch wenn der Konflikt stark asymmetrisch ist. Die WRI glaubt, dass ein echter Friedensprozess benötigt wird, in dem PKK und Regierung



Diyarbakir: Am Ende der Delegationsreise gaben wir eine Pressekonferenz in Diyarbakir, die ebenso wie ein späteres Interview in einem kurdischen Sender live übertragen wurde.
Foto: Christine Schweitzer

miteinander ohne Vorbedingungen verhandeln und der durch vertrauensbildende Maßnahmen begleitet wird.

Eine Pressemitteilung zu dem Besuch wurde am 4.5. veröffentlicht; der Bericht der Delegation wird in ungefähr einem Monat erscheinen. Auf unserer Website finden sich u.a. außer-

dem ein Artikel von Angela Vasiljevic zur Geschichte des kurdischen Volks in der Region und ein Artikel von Andreas Speck und Hülya Üçpınar zu den derzeitigen Konflikt in der Türkei: <http://www.soziale-verteidigung.de/international-gewaltfrei/stoppt-den-kreislauf-der-gewalt-in-der-tuerkei>

Neun deutsche Friedensorganisationen, darunter der Bund für Soziale Verteidigung, wenden sich angesichts des erneuten Krieges im Südosten der Türkei an die Bundesregierung. Wir haben eine Petition gestartet, die unter <https://weact.campact.de/p/Urgent-CallTurkey> unterzeichnet werden kann. Bis heute hat die Petition über 5.500 Unterschriften erhalten. Bitte helft uns, dass es mindestens 6.000 werden!

Und auch an die EU richtet sich eine gleichlautende Petition. Sie gibt es auf: <https://you.wemove.eu/campaigns/stop-violence-in-turkey>

Christine Schweitzer ist Co-Geschäftsführerin des BSV.



Cizre: Einschüsse von Gewehrakugeln in den Wänden. Viele ZivilistInnen, darunter auch Ärzte und medizinische ErsthelferInnen, sind durch Scharfschützen getötet worden.
Foto: Christine Schweitzer

Gender thematisieren in der Friedensbewegung_Forschung_Praxis

Kurzbericht vom BSV-Workshop zum kollegialen Empowerment

Inga Ackermann und Christine Buchwald

Dass eine gewisse Geschlechtersensibilität auch für Themen in der Friedensarbeit und Friedensbewegung wichtig ist, zeigen aktuelle Beispiele wie die sexuellen Übergriffe in der Silvesternacht genauso wie längst bekannte Probleme wie die fehlende Beteiligung von Frauen bei Friedensverhandlungen oder die oft mangelnden Möglichkeiten der Traumaverarbeitung von Gewalterfahrungen bei Männern. Doch wie kann das Thema Gender in der deutschen Friedenscommunity sichtbarer werden? Wie lassen sich Geschlechterverhältnisse erfolgreich in der Friedensbewegung_Forschung_Praxis thematisieren?

Über diese Fragen sprachen die Beteiligten am Workshop zum kollegialen Empowerment, zu dem die AG Gender & Frieden des BSV am 31.1.2016 in das Internationale Frauenzentrum (ifz) in Bonn eingeladen hatte. Ziel der Veranstaltung war es, anhand von Praxisbeispielen aus den unterschiedlichen Arbeits-, Bewegungs- und Erfahrungskontexten zu lernen und neue Ideen zur erfolgreichen Umsetzung der Genderarbeit anzuregen. Dass Geschlechterverhältnisse in verschiedenen Kontexten der Friedensarbeit und Friedensbewegung schon als wichtiges Thema wahrgenommen werden, zeigte das große Interesse an der Veranstaltung. Über 18 Menschen aus neun verschiedenen Friedensinstitutionen waren gekommen, um miteinander zu arbeiten und sich zu vernetzen.

Neben guten Beispielen und Erfolgen zu Gender in der Friedensarbeit, wie etwa der entstehenden Genderpolicy des BSV (mehr Informationen dazu im nächsten Rundbrief), wurde auch über Rahmenbedingungen, Instrumente und Methoden sowie Ressourcen gesprochen, die für eine gelingende Genderarbeit in Institutionen und Vereinen wichtig sind. Darüber hinaus wurden auch Widerstände und Heraus-



Gemeinsamer Austausch in einer Kleingruppe beim Workshop zum kollegialen Empowerment.
Foto: Inga Ackermann

forderungen angesprochen, mit denen sich Beteiligte bei der Thematisierung von Gender- und Friedensthemen konfrontiert sehen. Dank der verschiedenen Erfahrungsschätze und Arbeitskontexte der Anwesenden zum Thema Gender und Frieden wurden diverse Perspektiven und gute Vorgehensweisen eingebracht und diskutiert, welche von dem Moderationsteam Sabine Fründt und Sebastian Grieser gebündelt wurden. In Kleingruppen vertieften die TeilnehmerInnen Themen, die ihnen selbst am Herzen lagen, wie etwa die Frage, wie Widerstände bei der Thematisierung von Gender in der Friedenscommunity überwunden werden können. Es fehlte der zeitliche Rahmen zur Vertiefung weiterer Themen, weshalb von den TeilnehmerInnen der Wunsch geäußert wurde, sich in einem Jahr erneut zu treffen.

Dieser Wunsch wie auch der Plan, einen eigenen E-Mail-Verteiler zur weiteren Vernetzung einzurichten, zeigt, dass durch diesen Workshop zum kollegialen Empowerment ein ermutigender Austausch- und Lernprozess gestartet wurde, um die Genderperspektive noch besser in der Friedensbewegung_Forschung_Praxis verankern zu können.

Wir, die AG Gender & Frieden, danken den TeilnehmerInnen für den anregenden Austausch, dem Frauennetzwerk für Frieden e.V. sowie dem BSV für die organisatorische und finanzielle Unterstützung sowie dem Internationalen Frauenzentrum (ifz) für die Räumlichkeiten.

Wer Interesse an der Arbeit der AG Gender & Frieden hat, ist herzlich eingeladen, uns unter gender-frieden@soziale-verteidigung.de zu mailen.

Inga Ackermann studierte Sozialwissenschaften und Friedens- und Konfliktforschung in Marburg und ist seit Mai 2015 Mitglied der AG Gender & Frieden des BSV.

Christine Buchwald studierte Politik, Deutsch, Friedens- und Konfliktforschung und Gender Studies an den Universitäten in Hannover, Darmstadt und Frankfurt. Sie ist seit Juni 2014 Mitglied der AG Gender & Frieden des BSV.

Studenttag des IFGK

Ein Bericht vom Frühjahrs-Studenttag des Instituts für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktbearbeitung findet sich auf der Website des IFGK: <http://www.ifgk.de/aktuelles/studentagedes-ifgk/>

Ziviles Peacekeeping goes Brot für die Welt und Bundestag

Stephan Brües

Der 14. März 2016 stand in Berlin ganz im Zeichen des Konzeptes des Zivilen Peacekeepings und seiner praktischen Umsetzung. Mit der englischen Friedensforscherin Rachel Julian und der führenden Mitarbeiterin der Nonviolent Peaceforce, Tiffany Easthom (bis vor kurzem Leiterin des Projektes im Südsudan, zzt. Beirut), waren hochkarätige Expertinnen nach Berlin gekommen, um zunächst MitarbeiterInnen von Brot für die Welt bei einem Lunch Briefing über Idee und Praxis des Zivilen Peacekeeping (ZPK) zu berichten.

Julian, Dozentin an der Beckett-Universität Leeds, betonte, dass die Idee des ZPK, Menschen mit gewaltfreien Mitteln zu schützen, viele Menschen herausfordere, ihre lieb gewordenen Ansichten, nämlich dass Schutz vor Gewalt nur über Gewalt erfolgen könne, zu ändern. Die 30 Jahre Erfahrung, die viele Organisationen wie die Nonviolent Peaceforce, Peace Brigades International, Balkan Peace Team, Christian Peacemakers u.a. gemacht haben, habe gezeigt, dass „UN-Missionen und nicht-staatliche Akteure wichtige unbewaffnete und zivile Methoden entwickelt haben, um ZivilistInnen zu schützen und mit Gemeinden zu arbeiten“ (UN High Level Panel Report on Peace Operations, 2015). Am wichtigsten ist dabei der Aufbau von Vertrauen zu allen Konfliktparteien, damit einhergehend die Allparteilichkeit. Und vor allem die lokale ‚Ownership‘, also die Idee, dass die Menschen in den Konfliktgebieten ermächtigt werden, den Schutz der Gemeinschaft in die eigene Hand zu nehmen. Auf dieser Basis könne der Gewaltkreislauf durchbrochen werden. Daher gehört Bildungsarbeit zu einem der Pfeiler des ZPK. Zu den übrigen Werkzeugen gehören u.a. Schutz und pro-aktive Präsenz von internationalen und nationalen PeacekeeperInnen, Monitoring, Dialoge initiieren, Sicherheitsstrukturen in den Gemeinden aufbauen und Trainings in zivilen Methoden anbieten.

Wie dieses Konzept in der Praxis aussehen kann, darüber berichtete Tiffany Easthom auf Basis ihrer Erfahrungen im Südsudan. So erzählte sie davon, dass Frauen in den von den UN organisierten Lagern für intern Vertriebene beim notwendigen Feuerholz- und Wasser-Holen außerhalb des Camps häufig Opfer von sexuellen Übergriffen geworden seien. Durch eine „Firewood Patrol“, bei der sie die Frauen auf ihrem Weg begleiteten, konnten die MitarbeiterInnen von NP allein zwischen Juli und November 2015 insgesamt 6.000 Frauen erfolgreich vor Gewalt schützen. Auf den Philippinen ist NP Teil des internationalen Monitoring-Projektes, das die Einhaltung des Friedensvertrags auf Mindanao überwacht. Easthom berichtete auch über das neueste, von der EU finanzierte Projekt für Syrien. Dabei wird die Syrian Civil Coalition (bestehend aus 60 Organisationen) unterstützt, die in dem hochkomplexen Konflikt versucht, schützende Strukturen aufzubauen, lokale Waffenstillstände zu erreichen etc. NP bietet für diese AktivistInnen Trainings an, meist im Libanon, z.T. aber auch über Skype. Die Arbeit ist schwierig, aber sobald es die Sicherheitslage zulässt, will NP auch in Syrien selbst arbeiten.

Schließlich wies Tiffany Easthom auf die Lobbyarbeit der NP hin, die innerhalb der UN und der EU in den letzten Jahren einige Erfolge gebracht habe, z.B. die Erwähnung des Konzepts in UN-Papieren und die Finanzierung der Projekte durch UN-Organisationen und die EU.

Unterausschuss Zivile Krisenprävention

Im Unterausschuss für Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetzte Sicherheit des Bundestages wiederholten Julian und Easthom ihre Ausführungen gegenüber den ‚nur‘ vier von neun anwesenden Ausschussmitgliedern (Michael Vietz, CDU, Ute



Tiffany Easthom (li) und Rachel Julian (re) bei Brot für die Welt.
Foto: Christine Schweitzer

Finckh-Krämer, SPD, Ausschussvorsitzende Franziska Brantner, Grüne, und Kathrin Vogler, Linke) sowie einem Dutzend weiterer Gäste, ihrerseits selbst ExpertInnen zum Thema. Tiffany Easthom erinnerte daran, dass das deutsche Außenministerium das Pilotprojekt der NP in Sri Lanka finanziell unterstützt hatte, und bedankte sich für deren Weitblick.

Die beiden Friedensaktivistinnen trafen dabei auf Alexander Hug, Schweizer Mitarbeiter der OSZE und zuständig für das Monitoring des Waffenstillstandes in der Ukraine. Er sah einige Parallelen zwischen der Arbeit der zivilen PeacekeeperInnen und der eigenen Arbeit, v.a. stellte er den Aspekt des Vertrauens und des Kennenlernens der BewohnerInnen in der Region heraus. Es entspann sich eine breite Diskussion, an der auch die externen Gäste aktiv teilnehmen konnten. Dabei wurde besonders häufig die Frage der Sicherheit der Zivilen PeacekeeperInnen angesprochen. Insgesamt zeigten sich die Ausschussmitglieder beeindruckt von den Ausführungen zum ZPK, auch wenn der Gedanke, dass dies – im Sinne von Rachel Julian – eine Alternative zu militärischen Formen des Schutzes vor Gewalt sein könnte und sollte, noch nicht allgemein akzeptiert wurde.

Die überaus interessante Anhörung des Unterausschusses kann per Video verfolgt werden auf <http://dbtg.tv/cvid/6677124>.

Stephan Brües ist Co-Vorsitzender des BSV.

Kampagne zur Einführung von Sozialer Verteidigung in Italien

Julia Hermes

„Un'altra difesa è possibile“, frei übersetzt: „Es gibt Alternativen zur militärischen Verteidigung“, ist der Titel einer landesweiten Kampagne in Italien, die die Einrichtung eines ‚Ministeriums für gewaltfreie Soziale Verteidigung‘ im Parlament fordert. Die Initiative wurde im Jahr 2012 von der Alleanza per il Futuro del Servizio Civile zum 40. Jahrestag der Kriegsdienstverweigerung ins Leben gerufen. Am 25. April 2014 trafen sich über 13.000 Menschen aus der Friedensbewegung in Verona zur „Arena di Pace e Disarmo“. Im Mittelpunkt standen die Themen Gewaltfreiheit und Abrüstung. An diesem Tag wurden alle relevanten Inhalte der Kampagne „Un'altra difesa è possibile“ von den daran beteiligten Gruppen und Netzwerken vorgestellt. Zu den sechs Hauptinitiatoren der Kampagne gehören die Conferenza Nazionale Enti di Servizio Civile, Forum Nazionale per il Servizio Civile, Rete della Pace, Rete Italiana per

il Disarmo, Sbilanciamoci! und Tavolo Interventi Civili di Pace. Von diesen wurde kurz darauf der Gesetzentwurf für die „Einrichtung und Finanzierung der Abteilung für Soziale Verteidigung“ veröffentlicht (Istituzione e modalità di finanziamento del Dipartimento della Difesa Civile non armata e nonviolenta). Drei Monate später, am internationale Tag für Gewaltfreiheit, begann schließlich das Sammeln von Unterschriften zur Unterstützung der Kampagne. Innerhalb eines halben Jahres konnten über 50.000 Unterschriften gesammelt werden. Diese wurden am 22. Mai 2015 der Abgeordnetenkammer überreicht.

Das offizielle Treffen zwischen den sechs VertreterInnen der Hauptorganisationen der Kampagne und der Präsidentin der Abgeordnetenkammer Laura Boldrini im September 2015 gilt als wichtiges Datum, da von nun an die Inhalte und Belange der Kampagne auch

auf parlamentarischer Ebene Einzug fanden. Schließlich wurde im Dezember von sechs Abgeordneten des Parlaments (Marcon, Zanin, Basilio, Sberna, Civati, Artini) ein Gesetzentwurf präsentiert, welcher in Grundzügen dem Vorschlag der Initiative stark ähnelt.

Anliegen der InitiatorInnen ist es, dass das Gesetz im Parlament diskutiert und gegebenenfalls umgesetzt wird. Um dem Anliegen Nachdruck zu verleihen, befindet sich die Kampagne seit dem 22. Februar 2016 nun in „Phase 2“. Es werden weiterhin Unterschriften gesammelt und lokale Initiativen angesprochen, um die breite Bevölkerung zu erreichen. Eine Evaluation der „Phase 2“ erfolgt am 2. Juni 2016.

Quelle: <http://www.difescivilenonviolenta.org/>

Julia Hermes ist Studentin der Psychologie und macht derzeit ein Praktikum beim BSV.

Neue Publikationen

Zwei neue Hintergrund- und Diskussionspapiere sind von PraktikantInnen des BSV in den letzten Monaten fertiggestellt worden:

- HuD 48: „Frieden durch Demokratisierung?!“, Autorin: Victoria Kropp, 2,50 €
- HuD 49: „Kosten der Gewalt“, Autor: Mario Dentice, 2,50 €

Die Papiere können kostenlos auf der Homepage heruntergeladen oder kostenpflichtig in Papierform bestellt werden.

Das Infoblatt zur Gewaltfreiheit wurde auf der Basis von kritischen Rückmeldungen erneut überarbeitet. Und eine von Outi Arajärvi verfasste Besprechung der Ausgabe der Zeitschrift Peace Review zu Zivilem Peacekeeping wurde fertiggestellt und auf der Website des BSV veröffentlicht.

Eine umfangreichere Studie zum Thema Ziviles Peacekeeping, koordiniert und teilweise geschrieben von Ellen Furnari, ist vom Institut für Friedensarbeit und Gewaltfreie Konfliktbearbeitung herausgegeben worden. „Wielding Non-violence in the Midst of Violence: Case Studies of Good Practices in Unarmed Civilian Protection“ (ISBN 978-3-8370-9651-4) kann im Buchhandel als gedrucktes Buch und als eBook erworben werden. Es beschäftigt sich mit vier Länderbeispielen: Palästina, Kolumbien, Philippinen und Südsudan.



Sara Roßa (Mitte) bei einem Frühstück in der Geschäftsstelle 2015. Foto: BSV

Geschäftsstelle: Sarah Roßa geht in Elternzeit

Ab Mitte Juni wird Co-Geschäftsführerin Sarah Roßa in den Mutterschutz und anschließend in die Elternzeit gehen. Da das Projekt, über das sich ihre Stelle finanziert, in diesem Zeitraum ausläuft, wird sie wohl nicht mehr in die Geschäftsstelle zurückkehren. Für die letzten Monate der Laufzeit des Belarus-Projekts sind wir in dem Prozess, eine Vertretung zu finden. Wir haben die Hoffnung, dass über neue Projekte, z.B. im Bildungsbereich, es uns möglich sein wird, die Zahl der MitarbeiterInnen in der Geschäftsstelle bald wieder zu erhöhen.

Der BSV-Vorstand dankt Sarah, die dem BSV über viele Jahre verbunden war, für ihre Arbeit und wünscht ihr alles Gute, persönlich wie beruflich. Am Fachgespräch im Oktober 2016 wird Sarah voraussichtlich teilnehmen, so dass auch für die Mitglieder und FreundInnen des BSV Gelegenheit sein wird, sich von ihr persönlich zu verabschieden.

Fachgespräch: Rassismus in der Friedensbewegung

Sarah Roßa

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg oder militärischer Gewalt; auch mehr als die Abwesenheit jeder anderen direkten physischen oder psychischen Gewalt - das ist weitgehend Konsens in der deutschen Friedensbewegung.

Auch strukturelle Gewalt prägt unsere Gesellschaft. Sie äußert sich z.B. in Form von sozialer Ungerechtigkeit, Armut oder Diskriminierung aufgrund von Geschlecht, Hautfarbe, Herkunft, sexueller Orientierung oder anderen willkürlich gesetzten Zuordnungen. Um dauerhaften Frieden zu erreichen, müssen und wollen wir uns als Friedensorganisation auch mit diesen Themen auseinandersetzen.

Eine Form der Diskriminierung ist Rassismus. In unserem Fachgespräch wollen wir uns genauer mit dieser speziellen Form der Unterdrückung beschäftigen, neue Perspektiven einnehmen und Unsicherheiten mit dem Thema abbauen. Wir fragen bewusst provokant: „Rassismus in der Friedensbewegung - gibt's doch gar nicht! Oder?“ und möchten dazu einladen, darüber nachzudenken, ob und warum in der Friedensarbeit ggf. doch rassistische Vorstellungen eine Rolle spielen und wie wir konstruktiv damit umgehen können.

Dabei beschäftigen uns Fragen wie: Welche unterschiedlichen Formen und Interpretationen von Rassismus gibt es? Wo begegnet uns Rassismus in unserer Friedensarbeit, wo in unserem Alltag? Welche bewussten oder unbewussten rassistischen Vorstellungen entdecke ich bei mir selbst, welche bei anderen, und wie gehe ich mit beidem um? Welche friedenspolitischen Handlungsansätze gegen Rassismus kennen wir? Welche könnten wir uns neu aneignen? Welche Rolle und Haltung

haben wir als deutsche Friedensorganisation, wenn wir mit ausländischen Partnerorganisationen zusammenarbeiten oder Friedensfachkräfte ins Ausland entsenden? Warum sind so wenige geflüchtete Menschen oder Menschen mit Migrationshintergrund in der deutschen Friedensbewegung aktiv? Und nicht zuletzt: Was kann ich persönlich tun, um Rassismus in mir selbst und in meiner Umgebung abzubauen, um aktiv an einer friedlicheren Gesellschaft zu arbeiten?

Zu diesen Fragen konnten wir u.a. ReferentInnen von Glocal (<http://www.glocal.org/>), Impuls Marburg (<http://www.impuls-marburg.de/>) und der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden (<http://www.wfga.de/>) gewinnen. Zudem freuen wir uns, dass der Internationale Christliche Friedensdienst Eirene (<https://www.eirene.org/>) aus einem Jahr rassismuskritischem Mainstreaming bei sich in der Organisation berichtet.

Das Fachgespräch findet am Samstag, 8. Oktober 2016 von 11.00 bis 17.00 Uhr in Minden/Westfalen statt. Mehr Informationen und Anmeldung unter: www.soziale-verteidigung.de

Sarah Roßa ist Politikwissenschaftlerin und Co-Geschäftsführerin des BSV. Sie koordiniert die Belarusprojekte des BSV und ist als Aktivistin, (Aktions-)Trainerin und Moderatorin in sozialen Bewegungen aktiv.

Fachgespräch 2015 in Bonn zum Thema „Ziviles Peacekeeping“
Foto: Christine Schweitzer

Ablauf

Begrüßung

Einführung: Was ist Rassismus und worum geht es in diesem Fachgespräch? (N.N.)

Arbeitsgruppen zu verschiedenen rassismuskritischen Ansätzen:

- Rassismuskritische Unterstützung geflüchteter Menschen (Mariana Lo Sasso und Timo Kiesel, Glocal e.V.)
- Zivilcourage: Eingreifen in Diskriminierungssituationen (Renate Wanie, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden)
- Interkulturelles Miteinander (Shérif W. Korodowou, Impuls Marburg)

Was nehmen wir für die Friedensbewegung aus dem Fachgespräch mit? Erfahrungsbericht aus einem Jahr Erfahrung mit rassismuskritischem Mainstreaming (Eirene – Internationaler Christlicher Friedensdienst)

